



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für
Wissenschaft und Verkehr

A-1031 Wien,
Radetzkystraße 2
Teletex (232)3221155 bmwv
Telex 61 3221155 bmwv
Telefax (01) 713 03 26

DVR: 0000175

1. An das
Präsidium des Nationalrates

Zl. 210.779/8-II/C/11-1998

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Sachbearb.: Dr. Funk
Telefon: 01- 711 62 / DW 2102
Fax: 01- 711 62 / DW 2199

Wien, am 17. November 1998

2. An die
Österreichische
Präsidentenschaftskanzlei

Hofburg
1014 WIEN

Gesetzentwurf	
7.	M 6 -GE/19 P8
Datum 23.11.1998	
Verteilt 23.11.98/1	

3. An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 1
1014 WIEN*DKlausgruber**Ende der Frist 31.12.1998*

4. An das
Bundeskanzleramt/Verfassungsdienst

Ballhausplatz 1
1014 WIEN

5. An das
Bundeskanzleramt/Bundesministerin
für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz

Ballhausplatz 1
1014 WIEN

6. An das
Bundesministerium für
auswärtige Angelegenheiten

Ballhausplatz 2
1014 WIEN

7. An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1010 WIEN

8. An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie

Stubenbastei 5
1010 WIEN

9. An das
Bundesministerium für
Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stubenring 1
1010 WIEN

10. An das
Bundesministerium
für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
1010 WIEN

11. An das
Bundesministerium
für Inneres

Herrengasse 7
1014 WIEN

12. An das
Bundesministerium
für Justiz

Museumstraße 7
1016 WIEN

13. An das
Bundesministerium für
Landesverteidigung

Dampfschiffstraße 2
1030 WIEN

14. An das
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1010 WIEN

15. An das
Bundesministerium für
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Minoritenplatz 5
1014 WIEN

16. An den
Rechnungshof

Dampfschiffstraße 2
1030 WIEN

17. An das
Amt der
Burgenländischen Landesregierung

Landhaus
7000 EISENSTADT

18. An das
Amt der Kärntner Landesregierung

Arnulfplatz 1
9020 KLAGENFURT

19. An das
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Landhausplatz 1
3109 St. PÖLTEN

20. An das
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

Klosterstraße 7
4020 LINZ

21. An das
Amt der Salzburger Landesregierung

Chiemseehof
5010 SALZBURG

22. An das
Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Hofgasse 15
8010 GRAZ

23. An das
Amt der Tiroler Landesregierung

Landhaus, Maria Theresien-Straße 43
6020 INNSBRUCK

24. An das
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landhaus
6900 BREGENZ

25. An das
Amt der Wiener Landesregierung

Neues Rathaus
1010 WIEN

26. An die
Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Schenkenstraße 4
1010 WIEN

27. An die
Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63
1045 WIEN

28. An die
Wirtschaftskammer Österreich
Fachverband der Schienenbahnen

Wiedner Hauptstraße 63
1045 WIEN

29. An die
Bundesarbeitskammer

Prinz Eugen-Straße 20-22
1040 WIEN

30. An die
Präsidentenkonferenz der
Landwirtschaftskammern Österreichs

Löwelstraße 1b
1010 WIEN

31. An den
Österreichischen Städtebund

Neues Rathaus
1010 WIEN

32. An den
Österreichischen Gemeindebund

Johannesgasse 15
1010 WIEN

33. An den
Österreichischen Gewerkschaftsbund

Hohenstaufengasse 10-12
1010 WIEN

34. An die
Vereinigung österreichischer Industrieller

Schwarzenbergplatz 4
1030 WIEN

35. An die
Finanzprokuratur

Singerstraße 17
1015 WIEN

36. An die
Volksanwaltschaft

Singerstraße 17
1015 WIEN

37. An die
Österreichischen Bundesbahnen

Elisabethstraße 9
1010 WIEN

38. An die
Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG

Vivenotgasse 10
1120 Wien

39. An die
Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft mbH

Neuhauserstraße 7
6020 Innsbruck

40. An die
Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.

Vivenotgasse 10
1120 Wien

41. An die
Gewerkschaft der Eisenbahner

Margarethenstraße 166
1050 WIEN

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Hochleistungsstreckengesetz und das
Bundesgesetzes zur Errichtung einer
“Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft” geändert werden;
Begutachtung

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Hochleistungsstreckengesetz und das Bundesgesetz zur Errichtung einer “Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft” geändert werden, samt erläuternden Bemerkungen und Textgegenüberstellung, mit dem Ersuchen, bis

31. Dezember 1998

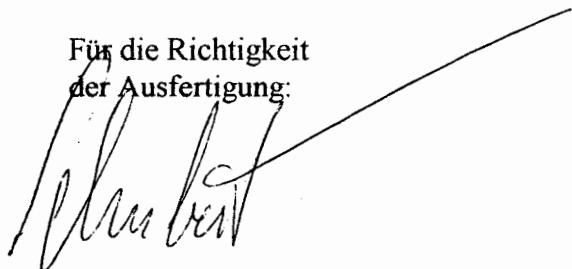
hiezu Stellung nehmen zu wollen. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine do. Stellungnahme eingelangt sein, darf angenommen werden, daß sich zum gegenständlichen Gesetzesentwurf keine Bemerkungen ergeben.

Die begutachtenden Stellen werden ersucht, 25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zuzuleiten.

Für den Bundesminister:

Dr. HARTIG

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Hartig", is written over a diagonal line. The text "Für die Richtigkeit der Ausfertigung:" is positioned to the left of the signature.

E N T W U R F

Bundesgesetz, mit dem das Hochleistungsstreckengesetz und das Bundesgesetz zur Errichtung einer “Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft” geändert werden und Regelungen über die Einhebung und Festsetzung von Benützungsentgelt für bestimmte Hochleistungsstrecken festgelegt werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 384/1996, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 lautet:

“(1) Die Bundesregierung kann durch Verordnung bestehende oder geplante Eisenbahnen (Strecken oder Streckenteile einschließlich der notwendigen Eisenbahnanlagen) zu Hochleistungsstrecken erklären. Voraussetzung hierfür ist, daß diesen eine besondere Bedeutung für einen leistungsfähigen Verkehr mit internationalen Verbindungen oder für den Nahverkehr zukommt.”

2. § 3 Abs. 1 und 2 lauten:

“(1) Insoweit Hochleistungsstrecken nicht durch Ausbaumaßnahmen - wie etwa Herstellung entsprechender Bahnkörper, Fahrleitungen, Sicherungsanlagen und sonstiger für den Bau von und den Betrieb auf Hochleistungsstrecken notwendiger Eisenbahnanlagen - auf bestehenden Eisenbahnen eingerichtet werden können, hat der Bundesminister für **Wissenschaft und Verkehr** nach den Erfordernissen einer leistungsfähigen und wirtschaftlichen Eisenbahn sowie unter Bedachtnahme auf das Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder Bürgerbeteiligung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sowie die sonstigen öffentlichen Interessen und die Ergebnisse der Anhörung (§ 4) den Trassenverlauf durch Verordnung

(Trassenverordnung) zu bestimmen. Als Ausbaumaßnahmen sind dabei auch Trassenänderungen geringen Umfanges zu verstehen, wenn die Mitte des äußersten Gleises der geänderten Trasse von der Mitte des äußersten Gleises der bestehenden Trasse nicht mehr als 100 m entfernt ist.

(2) In einer Verordnung nach Abs. 1 ist der Verlauf der Trasse insoweit zu bestimmen, als hiefür ein Geländestreifen festzulegen und in Planunterlagen darzustellen ist. Die Breite dieses Geländestreifens ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen festzulegen und darf **das Ausmaß nicht überschreiten, welches für die Eisenbahnanlagen, Nebenanlagen und Begleitmaßnahmen, die für den Bau von und den Betrieb auf einer Hochleistungsstrecke erforderlich sind, notwendig ist, wobei für den Bahnkörper die Breite des Geländestreifens 150 m nicht überschreiten darf.**"

3. *§ 4 Abs. 3 lautet:*

"(3) Es sind auch die Gemeinden, deren örtlicher Wirkungsbereich vom geplanten Trassenverlauf berührt wird, zu hören. **Die Ausübung dieses Anhörungsrechtes durch die Gemeinde ist eine Aufgabe des eigenen Wirkungsbereiches.** Zum Zweck der Anhörung sind den Gemeinden die Planunterlagen über den Trassenverlauf, soweit er den örtlichen Wirkungsbereich der jeweiligen Gemeinde berührt, zu übermitteln."

4. *§ 5 Abs. 1 lautet:*

"(1) Nach Bestimmung des Trassenverlaufes (§ 3) dürfen auf den von der künftigen Hochleistungsstreckentrasse betroffenen Grundstücksteilen (Hochleistungsstrecken-Baugebiet) Neu-, Zu- und Umbauten nicht vorgenommen werden, **keine Anlagen sonst errichtet oder geändert werden und keine Bergbaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien eingerichtet oder erweitert werden;** ein Entschädigungsanspruch kann hieraus nicht abgeleitet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn sie den geplanten Trassenverlauf nicht erheblich erschweren oder wesentlich verteuern oder zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Personen

notwendig sind. Ausnahmen hat die Behörde nach Anhörung des Eisenbahnunternehmens zuzulassen; die Zulassung von Ausnahmen durch die Behörde ist jedoch nicht erforderlich, wenn es über die Vornahme dieser Neu-, Zu- und Umbauten, **über die Errichtung oder Änderung dieser Anlagen oder über die Einrichtung oder Erweiterung dieser Bergbaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien** auf den von der künftigen Hochleistungsstrecken-Trasse betroffenen Grundstücksteilen zwischen dem Eisenbahnunternehmen und dem jeweiligen Eigentümer dieser Grundstücksteile oder **mit denjenigen, die zur Errichtung oder Änderung von Anlagen oder zur Einrichtung oder Erweiterung von Bergbaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien berechtigt sind**, zu einer zivilrechtlichen Einigung, die schriftlich festzuhalten ist, gekommen ist. Bauführungen, **Anlagenerrichtungen oder -erweiterungen sowie die Einrichtung oder Erweiterung von Bergbaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien**, die in rechtlich zulässiger Weise vor Wirksamwerden der Verordnung zur Bestimmung des Trassenverlaufes begonnen wurden, werden hievon nicht berührt.

5. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

“ § 5a. (1) Ist bei Einleitung des Trassenverordnungsverfahrens zu befürchten, daß durch Veränderung in dem vorgesehenen Gelände der geplante Bau einer Hochleistungsstrecke erheblich erschwert oder wesentlich verteuert wird, und ist nach dem Stand der Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten die Bestimmung des Trassenverlaufes in einer Trassenverordnung in absehbarer Zeit zu erwarten, kann der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr einen Geländestreifen im Sinne des § 3 Abs. 2 für den geplanten Trassenverlauf vorläufig mit Verordnung bestimmen. Es gilt § 3 Abs. 3.

(2) Nach Erlassung einer Verordnung nach Abs. 1 dürfen auf den im Geländestreifen (Abs. 1) liegenden Grundstücksteilen Neu-, Zu- und Umbauten nicht vorgenommen werden, keine Anlagen sonst errichtet oder geändert werden und keine Bergbaugebiete, Materialgewin-

nungsstätten oder Deponien eingerichtet oder erweitert werden; ein Entschädigungsanspruch kann hieraus nicht abgeleitet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn sie den geplanten Trassenverlauf nicht erheblich erschweren oder wesentlich verteuern oder zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Personen notwendig sind. Ausnahmen hat die Behörde nach Anhörung des Eisenbahnunternehmens zuzulassen; die Zulassung von Ausnahmen durch die Behörde ist jedoch nicht erforderlich, wenn es über die Vornahme dieser Neu-, Zu- und Umbauten, über die Errichtung oder Änderung dieser Anlagen oder über die Einrichtung oder Erweiterung dieser Bergbaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien auf den vom Geländestreifen betroffenen Grundstücksteilen zwischen dem Eisenbahnunternehmen und dem jeweiligen Eigentümer dieser Grundstücksteile oder mit denjenigen, die zur Errichtung oder Änderung von Anlagen oder zur Einrichtung oder Erweiterung von Bergbaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien berechtigt sind, zu einer zivilrechtlichen Einigung, die schriftlich festzuhalten ist, gekommen ist. Bauführungen, Anlagenerrichtungen oder -erweiterungen sowie die Einrichtung oder Erweiterung von Bergbaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien, die in rechtlich zulässiger Weise vor Wirksamwerden der Verordnung nach Abs. 1 begonnen wurden, werden hievon nicht berührt.

(3) Die Behörde hat auf Antrag des Eisenbahnunternehmens die Beseitigung eines dem Abs. 2 widersprechenden Zustandes auf Kosten des Betroffenen anzuordnen.

(4) Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr hat eine Verordnung nach Abs. 1 überhaupt oder insoweit aufzuheben, als

- 1. der in einer solchen Verordnung vorläufig bestimmte Trassenverlauf durch eine Verordnung nach § 3 Abs. 1 bestimmt wird, oder**

2. die Verordnung nach Abs. 1 zur Sicherstellung des geplanten Trassenverlaufes nicht mehr notwendig ist.

(5) Insoweit nicht Abs. 4 anzuwenden ist, tritt eine Verordnung nach Abs. 1 fünf Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft. Dieses Außerkrafttreten hat der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr im Bundesgesetzblatt kundzumachen.”

6. § 7 lautet:

- “§ 7.** (1) Für die Planung und den Bau von Hochleistungsstrecken, deren Errichtung nicht von den Österreichischen Bundesbahnen, **der Brenner Eisenbahn GmbH** oder Dritten vorgenommen wird, ist eine Kapitalgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft (Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG) zu errichten, deren Anteile bei einem Grundkapital von sechs Millionen Schilling dem Bund zu 100 % vorbehalten sind. Die Verwaltung der Anteilsrechte namens des Bundes obliegt dem Bundesminister **für Wissenschaft und Verkehr**. Dieser ist berechtigt, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG allgemeine Anweisungen über die Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Bundesgesetzes zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Die Satzung hat die Organe zur Durchführung solcher Anweisungen und zur Auskunftserteilung zu verpflichten.
- (2) **Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG kann sich als Mitglied an einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung oder an sonstigen Gesellschaften als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen, wenn dies für die Planung oder den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben zweckmäßig ist.**

(3) Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist überdies berechtigt, im Zusammenhang mit durch Verordnung übertragenen Aufgaben ergänzende Projekte und Projektsteile zu planen und zu bauen, sofern hiefür die Kostentragung sichergestellt ist.”

7. *§ 8 Abs. 1 lautet:*

“(1) Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann unter Bedachtnahme auf die bei den Österreichischen Bundesbahnen verfügbaren Kapazitäten nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Planung und den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben durch Verordnung übertragen, wenn

- 1. deren Durchführung nach den vorgegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen geboten ist, und**
- 2. die Durchführung durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG im Interesse insbesondere einer wirtschaftlichen und zügigen Durchführung liegt.”**

8. *Nach § 8 werden folgende §§ 8a und 8b eingefügt:*

“§ 8a. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zur Planung und zum Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben für Dritte mit Verordnung ermächtigen, wenn

- 1. deren Durchführung nach den vorgegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen zweckmäßig ist, und**
- 2. die Durchführung für Dritte im Zusammenhang mit den nach § 8 Abs. 1 übertragenen Aufgaben der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zweckmäßig ist, und**

im Falle der Ermächtigung zum Bau überdies

- 3. glaubhaft gemacht wird, daß für den Bau die Kostentragung auf rechtsgeschäftlicher Basis mit Dritten sichergestellt ist.**

§ 8b. Vor Erlassung von Verordnungen nach § 8 oder § 8a hat die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Art, den Umfang sowie die Kosten- und Zeitpläne der Vorhaben glaubhaft zu machen.”

9. *§ 11 lautet:*

“§ 11. Der Bund hat der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Kosten der Planung und des Baues für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand einschließlich Kosten für die Nutzung und den Erwerb von Grundflächen nach § 13 zu ersetzen, soweit diese Kosten nicht von Dritten getragen werden. Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG hat hierzu im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr und dem Bundesminister für Finanzen einen jährlichen Finanzplan zu erstellen. Auf die Kosten sind der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die notwendigen Vorschüsse zu leisten.”

10. *§ 12 lautet:*

“§ 12. Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist, soweit sich ihre Tätigkeit auf die Durchführung der ihr gesetzlich zugewiesenen bzw. nach § 8 übertragenen Aufgaben beschränkt, von der Körperschaftssteuer, von der Eintragungsgebühr nach dem Gerichtsgebührengesetz und von der Grunderwerbssteuer befreit.”

11. *§ 13 Abs. 2 lautet:*

“(2) Soweit die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) über die in Abs. 1 genannten hinaus weitere Grundflächen benötigt, hat sie diese auf ihre Kosten im Namen der Österreichischen Bundesbahnen zu erwerben. In einer Verordnung nach § 8 kann der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr jedoch festlegen, daß diese Grundflächen auf Kosten der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG im Namen einer anderen Gesellschaft,

deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51 % vorbehalten sind, zu erwerben sind, wenn dies zur Vorbereitung und zum Abschluß von Verträgen über die Beteiligung Dritter an der Finanzierung (Public-Private-Partnership-Modell) von Hochleistungsstrecken geboten erscheint. Ist ein Erwerb dieser Grundflächen nur im Wege der Enteignung möglich, hat dieser im Namen und auf Kosten der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zu erfolgen; diese Grundflächen sind der Gesellschaft nach Verwirklichung des Enteignungszweckes von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG unentgeltlich ins Eigentum zu übertragen .”

12. § 13 Abs. 3 lautet:

“(3) Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist - soferne der frühere Eigentümer nicht einen Rechtsanspruch auf Rückübereignung hat - zur Veräußerung folgender Grundflächen berechtigt:

- 1. im Namen der Österreichischen Bundesbahnen für Grundflächen der Eisenbahninfrastruktur gemäß § 2 Bundesbahngesetz 1992, die durch den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für den Eisenbahnbetrieb entbehrlich geworden sind;**
- 2. im Namen des Eigentümers (Abs. 2) für Grundflächen, die gemäß Abs. 2 erworben wurden, jedoch für die Planung und den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben nicht oder nicht mehr benötigt werden.**

Der Verkaufserlös aus Veräußerungen ist mit den Kosten nach § 11 zu verrechnen. Die Berechtigung zur Veräußerung durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist mittels Bestätigung durch den Bundesminister für **Wissenschaft und Verkehr** jeweils nachzuweisen; diese Bestätigungen gelten als öffentliche Urkunden. Vor Ausstellung der Bestätigung zur Berechtigung der Veräußerung von Grundflächen gemäß Z 1 sind die Österreichischen Bundesbahnen anzuhören.”

13. § 14 lautet:

- “§ 14. (1) Nach Abschluß des Baues von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben hat die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für den Bund diese Strecken(teile) den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur Erhaltung zu übergeben. **Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann in der Verordnung nach § 8 festlegen, daß diese Strecken(teile) von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG einer Gesellschaft nach § 13 Abs. 2 zu übergeben sind, wenn dies für den Abschluß eines Vertrages über die Beteiligung Dritter an der Finanzierung (Public-Private-Partnership-Modell) dieser Strecken(teile) geboten ist.**
- (2) **Ist einem Dritten die Konzession nach dem Eisenbahngesetz 1957 zum Bau und zum Betrieb einer solchen Strecke (Streckenteiles) verliehen worden, ist diese Strecke (dieser Streckenteil) oder die bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Planungsleistungen sowie erworbene Rechte und Pflichten dem Dritten nach Aufhebung der Verordnung nach § 8 zu übergeben, wenn der Dritte in die erworbenen Rechte und Pflichten eintritt, soweit sie rechtlich überbindbar sind, und wenn der Dritte die bisherigen Kosten ersetzt bzw. diesbezüglich in einem Vertrag über die Beteiligung des Dritten an der Kostentragung (Public-Private-Partnership-Modell) anderes bestimmt ist. § 13 Abs. 1 ist zugunsten des Dritten sinngemäß anzuwenden.”**

14. § 15 lautet:

- “§ 15. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich § 1 die Bundesregierung, hinsichtlich § 12 der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich § 8, § 8a und § 11 der Bundesminister für **Wissenschaft und Verkehr** im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesminister für **Wissenschaft und Verkehr** betraut.”

15. Nach § 15 werden folgende §§ 16 und 17 samt Überschriften angefügt:

“Übergangsbestimmung

§ 16. § 5 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr./19.. ist auf die Errichtung oder Änderung solcher Anlagen und auf die Einrichtung oder Erweiterung solcher Bergbaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien, die vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. I Nr./19.., jedoch nach Wirksamkeit einer Verordnung nach § 3 Abs. 1 in rechtlich zulässiger Weise begonnen wurden, nicht anzuwenden.

Inkrafttreten

§ 17. § 1 Abs. 1, § 3 Abs. 1 und 2, § 4 Abs. 3, § 5 Abs. 1, § 5a, § 7, § 8 Abs. 1, § 8a, § 8b, § 11, § 12, § 13 Abs. 2 und 3, § 14, § 16 samt Überschrift und § 17 samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr./19.. treten mit dem der Kundmachung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr./19.. folgenden Monatsersten in Kraft.”

Artikel II

Das Bundesgesetz zur Errichtung einer “Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft”, BGBl. Nr. 502/1995, wird wie folgt geändert:

1. Der Titel erhält folgenden Wortlaut:

“Bundesgesetz zur Errichtung einer “Brenner Eisenbahn GmbH”

2. § 1 lautet:

“§ 1. (1) Für die Planung und den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner ist eine Kapitalgesellschaft in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von fünf Millionen Schilling, dem Firmenwortlaut “Brenner Eisen-

bahn GmbH" - im folgenden als Gesellschaft bezeichnet - und dem Sitz in Innsbruck zu errichten, deren Anteile dem Bund zu mindestens 51 % vorbehalten sind.

- (2) Die Gesellschaft kann sich als Mitglied an einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung oder an sonstigen Gesellschaften als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen, wenn dies für die Planung oder den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben zweckmäßig ist.**
- (3) Die Gesellschaft ist überdies berechtigt, im Zusammenhang mit durch Verordnung übertragenen Aufgaben ergänzende Projekte und Projektsteile zu planen und zu bauen, sofern hiefür die Kostentragung sichergestellt ist."**

3. *§ 2 lautet:*

“§ 2. Die Verwaltung der Anteilsrechte namens des Bundes obliegt dem Bundesminister für **Wissenschaft und Verkehr**. Dieser ist berechtigt, der Gesellschaft allgemeine Anweisungen über die Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Bundesgesetzes zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Der Gesellschaftsvertrag hat die Organe zur Durchführung solcher Anweisungen und zur Auskunftserteilung zu verpflichten.”

4. *§ 3 lautet:*

“§ 3. (1) **Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr hat nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen der Gesellschaft die Planung und den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben durch Verordnung zu übertragen, wenn**

- 1. deren Durchführung nach den vorgegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen geboten ist, und**
 - 2. dies im Interesse insbesondere einer wirtschaftlichen und zügigen Durchführung liegt.**
 - (2) Vor Erlassung einer Verordnung zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben ist ein Beschuß der Bundesregierung über das gemeinwirtschaftliche Interesse an der vorgesehenen Übertragung zum Bau einzuholen.**
 - (3) Eine Verordnung nach Abs. 1 bzw. Abs. 2 hat jedenfalls den Umfang der Planungs- bzw. Baumaßnahmen, die der Gesellschaft übertragen werden, festzulegen. Eine Verordnung nach Abs. 2 hat überdies einen Bauzeit- und Kostenrahmen zu enthalten.**
 - (4) Liegen vor Erlassung einer Verordnung zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben die zum Bau erforderlichen behördlichen Genehmigungen noch nicht vor, so kann der Bauzeit- und Kostenrahmen nach Vorliegen dieser Genehmigungen in einer gesonderten Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen festgesetzt werden. Von der Gesellschaft ist ein Bauzeit- und Kostenplan einzuholen.”**
5. Nach § 3 werden folgende §§ 3a und 3b eingefügt:
- “§ 3a. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen die Gesellschaft zur Planung und zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben**

für Dritte mit Verordnung ermächtigen, wenn

- 1. deren Durchführung nach den vorgegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen zweckmäßig ist, und**
- 2. die Durchführung für Dritte im Zusammenhang mit den nach § 3 Abs. 1 übertragenen Aufgaben der Gesellschaft zweckmäßig ist, und im Falle der Ermächtigung zum Bau überdies**
- 3. glaubhaft gemacht wird, daß für den Bau die Kostentragung auf rechtsgeschäftlicher Basis mit Dritten sichergestellt ist.**

§ 3b. Vor Erlassung von Verordnungen nach § 3 oder § 3a hat die Gesellschaft die Art, den Umfang sowie die Kosten- und Zeitpläne der Vorhaben glaubhaft zu machen.”

6. § 4 lautet:

“§ 4. Der Bund hat der Gesellschaft die Kosten der Planung und des Baues für die ihr nach § 3 übertragene Strecke bzw. übertragenen Streckenteile sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand einschließlich Kosten für die Nutzung und den Erwerb von Grundflächen nach § 6 zu ersetzen, soweit diese Kosten nicht von Dritten getragen werden. Die Gesellschaft hat hierzu im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr und dem Bundesminister für Finanzen einen jährlichen Finanzplan zu erstellen. Auf die Kosten sind der Gesellschaft die notwendigen Vorschüsse zu leisten.”

7. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:

“§ 4a. Die Gesellschaft ist, soweit sich ihre Tätigkeit auf die Durchführung der ihr gesetzlich zugewiesenen bzw. nach § 3 übertragenen Aufgaben beschränkt, von der Körperschaftssteuer, von der Eintragsgebühr nach dem Gerichtsgebührengesetz und von der Grunderwerbssteuer befreit.”

8. *§ 5 Abs. 2 lautet:*

“(2) Die Gesellschaft hat bei Erfüllung ihrer **Aufgaben**, unbeschadet der allgemeinen Anweisungen nach § 2, auch die Erfordernisse einer wirtschaftlichen und zügigen Baudurchführung sowie eines leistungsfähigen und wirtschaftlichen Eisenbahnbetriebes zu beachten.”

9. *§ 6 lautet:*

“**§ 6.** (1) Die Gesellschaft ist berechtigt, die zur Planung **oder zum Bau** der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben benötigte Grundstücke der Eisenbahninfrastruktur gemäß § 2 Bundesbahngesetz 1992 ohne Entrichtung eines Entgeltes zu benützen. Sonstige zur Planung **oder zum Bau** der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben benötigte Grundflächen, die sich im Eigentum der Österreichischen Bundesbahnen oder des Bundes befinden, sind der Gesellschaft gegen Entgelt, das mittels Schätzung nach den Grundsätzen der §§ 4 und 8 des Eisenbahnenteignungsgesetzes 1954 zu bemessen ist, zur Nutzung zu überlassen, es sei denn, **sie werden für andere vorrangige Zwecke der abgebenden Bundesstelle benötigt**.

(2) **Soweit die Gesellschaft für die ihr nach § 3 übertragene Strecke bzw. übertragenen Streckenteile über die in Abs. 1 genannten hinaus weitere Grundflächen benötigt, hat sie diese in ihrem Namen und auf ihre Kosten zu erwerben.”**

10. *§ 7 lautet:*

“**§ 7.** Insoweit eine Mitwirkung der Österreichischen Bundesbahnen an der der Gesellschaft übertragenen Planung **und an dem der Gesellschaft übertragenen Bau** erforderlich ist, ist diese Mitwirkung in einem Kooperationsvertrag zwischen der Gesellschaft und den Österreichischen Bundesbahnen zu regeln.”

11. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:

“§ 7a. (1) Nach Abschluß des Baues der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben hat die Brenner Eisenbahn GmbH für den Bund diese Strecken(teile) den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur Erhaltung zu übergeben. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann in der Verordnung nach § 3 festlegen, daß diese Strecke oder Teile derselben von der Brenner Eisenbahn GmbH einer Gesellschaft, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51 % vorbehalten sind, zu übergeben sind, wenn dies für den Abschluß eines Vertrages über die Beteiligung Dritter an der Finanzierung (Public-Private-Partnership-Modell) dieser Strecke(Streckenteile) geboten ist.

(2) Ist einem Dritten die Konzession nach dem Eisenbahngesetz 1957 zum Bau und zum Betrieb einer solchen Strecke (Streckenteiles) verliehen worden, ist diese Strecke (dieser Streckenteil) oder die bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Planungsleistungen sowie erworbene Rechte und Pflichten dem Dritten nach Aufhebung der Verordnung nach § 3 zu übergeben, wenn der Dritte in die erworbenen Rechte und Pflichten eintritt, soweit sie rechtlich überbindbar sind, und wenn der Dritte die bisherigen Kosten ersetzt bzw. diesbezüglich in einem Vertrag über die Beteiligung des Dritten an der Kostentragung (Public-Private-Partnership-Modell) anderes bestimmt ist. § 6 Abs. 1 ist zugunsten des Dritten sinngemäß anzuwenden.”

12. § 8 lautet:

“§ 8. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich § 4a der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich § 3, § 3a und § 4 der Bundesminister

**für Wissenschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr be-
traut.”**

13. Dem § 8 wird folgender § 9 angefügt:

**“§ 9. § 1, § 2, § 3, § 3a, § 3b, § 4, § 4a, § 5 Abs. 2, § 6, § 7, § 7a, § 8 und § 9 in der
Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr..../19.. treten mit dem der Kund-
machung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr..../19.. folgenden Monatsersten in
Kraft.”**

Artikel III

**Das Benützungsentgelt für die Erbringung von Eisenbahnverkehrsleistungen auf sol-
chen Hochleistungsstrecken oder Teilen derselben, die nach Abschluß des vom Bund
übertragenen Baues von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG oder der Brenner-
Eisenbahn-Ges.m.b.H. nicht den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur
Erhaltung zu übergeben sind, ist von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesell-
schaft mbH insoweit und solange festzusetzen und einzuheben, als und bis diese ihren
Verpflichtungen aus der Finanzierung derselben nachgekommen ist, soweit nicht in
einem Vertrag nach § 3 Z 4 Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz anderes bestimmt
ist. § 3 Z 2 Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz bleibt unberührt.**

V o r b l a t t**Problem:**

- a) Vor Erlassung einer Trassenverordnung können Maßnahmen im angestrebten Geländestreifen Schwierigkeiten aufwerfen.
- b) Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen beinhalten keine Bestimmungen für neue Formen von Drittbe teiligungen, insbesondere Private Public Partnership (PPP) Finanzierungsmodelle.

Ziel:

Darauf abgestellte Ergänzungen sowohl im Hochleistungsstreckengesetz (HLG), als auch im Bundesgesetz zur Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft" (BEG).

Inhaltsschwerpunkte:

- Möglichkeit zur Verhängung einer vorläufigen Sicherung (Bauverbot) im voraussichtlichen Geländestreifen ab Einleitung des Trassenverordnungsverfahrens
- Möglichkeit, daß sich HL-AG und BEG an einer EWIV beteiligen
- Möglichkeit, per Verordnung die HL-AG und BEG zur Durchführung von Hochleistungsstreckenvorhaben für Dritte zu ermächtigen
- Klarstellung des Kostenersatzes an die BEG
- (im Artikel III) Ergänzung der bestehenden Regelung, daß im Rahmen der SCHIG-Finanzierung dieser Gesellschaft das Benützungsentgelt für ÖBB-Strecken zukommt, hinsichtlich aller für den Bund von der HL-AG oder BEG zu bauender Strecken

Alternative:

Bei Beibehaltung der bestehenden gesetzlichen Regelungen wären Nachteile gemäß obiger Problemstellungen zu befürchten.

Kosten:

keine Mehrausgaben für den Bund;
weitere Ausführungen im allgemeinen Teil der Erläuterungen

EU-Konformität:

gegeben

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Schwerpunkt der Änderungen im Abschnitt I des Hochleistungsstreckengesetzes ist die Einfügung einer Möglichkeit zur vorläufigen Sicherung des Trassenstreifens. Bei der praktischen Vollziehung der gegenwärtigen Regelungen über das Trassenverordnungsverfahren bzw. aufgrund der Länge von UVP-Verfahren hat sich in manchen Fällen gezeigt, daß die rechtliche Wirkung einer Sicherung des Trassenstreifens per Bauverbot mit Erlassung der Trassenverordnung zu spät einsetzt. Es ist daher im Entwurf vorgesehen, daß eine vorläufige Trassensicherung mit Einleitung des Trassenverordnungsverfahrens befristet verordnet werden kann.

Im übrigen soll die Definition des Trassenbereiches den praktischen Erfahrungen gemäß neu formuliert werden.

Schwerpunkt der Änderungen im Abschnitt II des Hochleistungsstreckengesetzes bzw. im Bundesgesetz zur Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft" sind Bestimmungen zur Ermöglichung von Modellen einer Drittbeteiligung. Mit diesen beiden Gesetzen wurden seinerzeit Gesellschaften zur Realisierung von Eisenbahnhochleistungsstrecken-Vorhaben des Bundes eingerichtet. Regelungen für eine Einbeziehung Dritter bei in Frage kommenden bestimmten Vorhaben oder Teilvorhaben - wie sie aktuell europäisch und in Österreich zur Diskussion stehen - sind bisher nicht enthalten. Insbesondere geht es um eine neue Form der Finanzierung von Hochleistungsstrecken durch Beteiligung Dritter an den Kosten (Public-Private-Partnership-Modelle).

Derartige Regelungen sollen, sowohl für in Frage kommende derzeitige als auch für neue Vorhaben, eingefügt werden.

Zu denken ist dabei beispielsweise an Projekte von Terminals an Hochleistungsstrecken, die im besonderen Interesse der Verladung auf die Schiene liegen, aber auch an spezielle Vorhaben für Strecken- oder Teilstreckenneubauten.

Im übrigen wurde versucht, Regelungen, die im geltenden Hochleistungsstreckengesetz und Bundesgesetz über die Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft" unterschiedlich formuliert sind, soweit dies sachlich geboten erscheint, zu vereinheitlichen und auch mit den Formulierungen im Bundesbahngesetz abzustimmen.

Die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung und Vollziehung ergibt sich aus Artikeln 10 Abs. 1 Z 4 u. 9 sowie 17 B-VG.

Kosten:

Durch dieses Bundesgesetz werden keine Mehrausgaben des Bundes verursacht.

Zu § 5a: Im Jahr 1996 wurde keine, in den Jahren 1997 und 1998 je zwei Trassenverordnungen erlassen. Es ist in den nächsten drei Jahren ebenfalls jeweils mit einigen Trassenverordnungsverfahren zu rechnen, wobei jeweils eine § 5a-Verordnung in Betracht kommt.

Zu § 8a: Bisher wurde kein Eisenbahnprojekt im Wege eines PPP-Finanzierungsmodells finanziert. In den nächsten drei Jahren besteht die Aussicht auf die Realisierung einzelner solcher Finanzierungsprojekte.

Wenn es zur Realisierung eines PPP-Finanzierungsmodells kommt, bedeutet dies keine Mehrausgaben für den Bund, sondern, daß durch die Einbeziehung finanzieller Mittel Dritter mit dem vorhandenen SCHIG-Finanzierungsrahmen mehr Hochleistungsstreckenvorhaben verwirklicht werden können.

Zu § 5: Aus den bisherigen Erfahrungen ist abzuleiten, daß mit der Ausdehnung der Rechtswirkungen einer Trassenverordnung auf Anlagen, Bergaugebiete, Materialgewinnungsstätten und Deponien sowie der Möglichkeit, eine Trassensicherung durch eine Verordnung nach § 5a zu bewirken, eine Erschwerung und Verteuerung des Hochleistungsstreckenbaues vermieden werden kann und somit Ausgaben für diese Vorhaben eingegrenzt werden können. Konkret wären durch die vorzeitige Vermeidung von Betriebs- und Wohnansiedelungen im Bereich des geplanten Trassenverlaufes Kosten insbesondere für Absiedlungen, Lärmschutz- und Erschütterungsschutzmaßnahmen oder Umtrassierungen vermeidbar, deren Höhe nach den Erfahrungen aus bisherigen Vorhaben jeweils bei mehreren Millionen Schilling liegt.

EU/EWR-Konformität:

Diesem Gesetzesvorhaben stehen keine Normen der EU oder des EWR-Abkommens entgegen.

Besonderer Teil**Zu Artikel I (Änderung des Hochleistungsstreckengesetzes)****Zu Z 1 (§ 1 Abs. 1):**

Im § 1 Abs. 1 soll die neben den Voraussetzungen einer besonderen Bedeutung für einen leistungsfähigen Verkehr mit internationalen Verbindungen oder für den Nahverkehr enthaltene zusätzliche Passage über gebotene umfangreiche Baumaßnahmen entfallen. Zwecks Abstimmung des österreichischen höherrangigen Eisenbahnnetzes mit dem in der Entscheidung 1692/96/EG über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes ausgewiesenen, das österreichische Staatsgebiet berührenden höherrangigen Eisenbahnnetz, sollen auch schon existierende Eisenbahnen, die bereits auf Hochleistungsstreckenniveau ausgebaut sind, mit Verordnung der Bundesregierung zu Hochleistungsstrecken erklärt werden können.

Zu Z 2 (§ 3 Abs. 1 u. 2):

In der Praxis hat sich gezeigt, daß die Regelung über die Breite des Geländestreifens von 150 m + 150 m bei Bahnhofsanlagen zu starr ist; deren notwendige Ausmaße können darunter, in einzelnen Fällen aber auch darüber liegen. Insbesondere für Bahnhofsanlagen wird der Meter-Wert durch den Passus ersetzt, daß der Geländestreifen das für Eisenbahnanlagen, Nebenanlagen und Begleitmaßnahmen notwendige Ausmaß nicht überschreiten darf. Die geltende gesetzliche Regelung einer metermäßigen Begrenzung für die maximale Breite des Geländestreifens für den Bahnkörper, im Ausmaß von max. 150 m, bleibt unberührt.

Weiters wird klargestellt, daß der Verlauf aller Hochleistungsstrecken (insoweit sie nicht durch Ausbaumaßnahmen eingerichtet werden) im Wege einer Trassenverordnung zu bestimmen ist.

Zu Z 3 (§ 4 Abs. 3):

Es wird klargestellt, daß die Ausübung des Anhörungsrechtes durch die Gemeinde eine Aufgabe des eigenen, und nicht eine soche des übertragenen Wirkungsbereiches ist.

Zu Z 4 (§ 5 Abs. 1):

Die bisherige Rechtslage hat zu dem unbefriedigenden Zustand geführt, daß in dem ausgewiesenen Hochleistungsstrecken-Baugebiet zwar Neu-, Zu- und Umbauten grundsätzlich untersagt sind, jedoch nicht die Errichtung oder Änderung von Betriebsanlagen, wasserbautechnischen Anlagen, Bergbau-

anlagen oder Anlagen anderer Art sowie die Einrichtung oder Erweiterung von Bergbaugebieten, Materialgewinnungsstätten und Deponien. Dies soll durch die Eingliederung dieser Einrichtungen in die Rechtswirkungen einer Trassenverordnung vermieden werden.

Zu Z 5 (§ 5a):

Die praktischen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Trassensicherung gemäß § 5 Abs. 1 in vielen Fällen zu spät einsetzt. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr soll zur Vermeidung dieser Konsequenz die Möglichkeit erhalten, bereits nach Einleitung des Trassenverordnungsverfahrens, wenn also die Projektsunterlagen über den vorgesehenen Trassenverlauf (und für UVP-pflichtige Hochleistungsstreckenvorhaben auch die Umweltverträglichkeitserklärung) vorliegen, vorläufig eine Trassensicherung per Verordnung. Deren Rechtswirkung ist nur ein einstweiliges befristetes Bauverbot im Geländestreifen; sie greift dem materiellen Prüfungsverfahren nicht vor, es handelt sich also um keinerlei Genehmigung oder Bewilligung. Vielmehr ist - wie bisher - wenn nach Durchführung des vorgesehenen Anhörungsverfahrens nach Hochleistungsstreckengesetz bzw. des UVP-Verfahrens die Ergebnisse vorliegen, eine Trassenverordnung zu erlassen. Der Zweck der vorläufigen Verordnung ist erschöpft, diese ist aufzuheben. Kommt es aber binnen fünf Jahren nicht dazu, soll die vorläufige Wirkung einer solchen Verordnung nach § 5a jedenfalls spätestens fünf Jahre nach ihrem Inkrafttreten durch Außerkrafttreten der Verordnung enden. Im übrigen sind die Rechtswirkungen dieser Verordnung nach § 5a dem § 5 nachgebildet.

Zu Z 6 (§ 7):

Der gesetzliche Zweck und Aufgabenbereich der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG wird dahingehend erweitert, daß sich diese an einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung als Mitglied oder an einer anderen Gesellschaft als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen darf und für Dritte Projekte oder Projektsteile planen und bauen darf, wenn dies mit einem übertragenen Hochleistungsstreckenprojekt im Zusammenhang steht.

Zu Z 7 (§ 8 Abs. 1):

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erlassung einer Übertragungsverordnung nach § 8 werden terminologisch den entsprechenden Voraussetzungen im Bundesbahngesetz angepaßt.

Zu Z 8 (§ 8a u. § 8b):

Um für allfällige Hochleistungsstreckenvorhaben Dritter (Konzessionäre) zu ermöglichen, daß die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG von diesem Dritten vertraglich mit Planung und Bau beauftragt wird, ist im neuen § 8a eine diesbezügliche Ermächtigung der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG,

die mit Verordnung zu erfolgen hat, vorgesehen. Insbesondere muß vor Erlassung einer solchen Verordnung glaubhaft sein, daß für den Bau die Kostentragung auf rechtsgeschäftlicher Basis mit dem Dritten sichergestellt ist.

Mit dem neuen § 8 b wird die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG verpflichtet, vor Erlassung einer Verordnung nach § 8 oder § 8a dieselben Fakten und Unterlagen glaubhaft zu machen, wie sie nach dem Bundesbahngesetz für entsprechende Übertragungen an die ÖBB verlangt werden.

Zu Z 9 (§ 11):

§ 11 ist insoweit inhaltlich überholt, als die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) aufgrund der durch das Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 geänderten Rechtslage die Kosten der Finanzierung von Hochleistungsstrecken für den Bund nicht mehr übernimmt und die Rückzahlung der durch diese Finanzierungstätigkeit erwachsenden Verbindlichkeiten der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH übertragen worden sind.

Zu Z 10 (§ 12):

Mit dem vorliegenden Text wird der seit dem Inkrafttreten des Hochleistungsstreckengesetzes unveränderte § 12 dem heutigen Stand der seither ergangenen Steuergesetzgebung angepaßt. Zusätzlich wird aus verwaltungsökonomischen Gründen für die Vorhaben, welche die HL-AG für den Bund ausführt, eine Befreiung der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG von der Eintragsgebühr und der Grundwerbssteuer vorgeschlagen.

Zu Z 11 (§ 13 Abs. 2):

Zur Erleichterung der Realisierung von Hochleistungsstrecken auf der Basis einer Finanzierung mit Beteiligung Dritter (PPP-Finanzierungsmodell) soll dann, wenn mit dem Zustandekommen einer derartigen Finanzierungsform gerechnet wird, der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr in einer Verordnung nach § 8 bestimmen können, daß die für den Hochleistungsstreckenbau erforderlichen Grundflächen im Namen einer Gesellschaft, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51% vorbehalten sind und die diese Finanzierungsform als Vertragspartner des Dritten vorbereitet (beispielsweise die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GmbH nach SCHIG), zu erwerben sind. Da eine solche Gesellschaft kein Eisenbahnunternehmen mit Enteignungsrecht ist, ist es erforderlich, daß allenfalls notwendige Enteignungen im Namen der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zu erfolgen haben.

Zu Z 12 (§ 13 Abs. 3):

Der bisherige § 13 Abs. 3 wird in der Form erweitert, als nunmehr die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG berechtigt sein soll, Grundflächen, die sie für Zwecke des Hochleistungsstreckenbaues im Namen der Österreichischen Bundesbahnen oder einer Gesellschaft, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51% vorbehalten sind, erworben hat, im Namen dieser Eigentümer zu veräußern, falls diese Grundflächen schlußendlich für den Hochleistungsstreckenbau nicht benötigt werden sind.

Zu Z 13 (§ 14):

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr soll die Möglichkeit erhalten, festzulegen, daß von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG (für den Bund) errichtete Hochleistungsstrecken einer Gesellschaft zu übergeben sind, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51% vorbehalten sind, wenn dies für das Zustandekommen eines PPP-Finanzierungsmodells geboten ist. Diese Festlegung hat in Verordnungsform zu erfolgen.

Wird einem Dritten die Konzession zum Bau und zum Betrieb einer Hochleistungsstrecke verliehen, die zu diesem Zeitpunkt aufgrund einer Verordnung nach § 8 von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG gebaut wird, so hat die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG diese diesem Dritten zu übergeben, falls dieser die aufgelaufenen Kosten ersetzt, bzw. den vertraglich im PPP-Finanzierungsmodell diesbezüglich vereinbarten Anteil.

Zu Z 15 (§§ 16 und 17):

Wegen der erweiterten Rechtswirkung einer Trassenverordnung ist es notwendig, daß § 5 Abs. 1 auf solche Anlagen, Bergaugebiete, Materialgewinnungsstätten und Bergaugebiete nicht anzuwenden ist, die nach der bisherigen Rechtslage nach Wirksamwerden einer Trassenverordnung, jedoch vor Inkrafttreten des neuen § 5 Abs. 1 in rechtlich zulässiger Weise begonnen wurden.

Zu Artikel II (Änderung des Bundesgesetzes zur Errichtung einer “Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft”)**Zu Z 1 (Titel):**

Die Änderung des Titels dient der Vereinfachung der Schreibweise des Firmenwortlautes.

Zu 2 (§ 1):

Es soll bereits im Aufgabenbereich auch der Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben zum Ausdruck kommen. Der gesetzliche Zweck und Aufgabenbereich der Brenner Eisenbahn GmbH wird dahingehend erweitert, daß sich diese an einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung als Mitglied oder an einer anderen Gesellschaft als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen darf und für Dritte Projekte oder Projektteile planen und bauen darf, wenn dies mit diesem Hochleistungsstreckenprojekt im Zusammenhang steht.

Zu Z 3 (§ 2):

Hier erfolgt eine Anpassung an das Bundesministeriengesetz in der geltenden Fassung.

Zu Z 4 (§ 3):

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erlassung einer Verordnung nach § 3 (Übertragungsverordnung) werden den entsprechenden Voraussetzungen nach dem Bundesbahngesetz und dem Hochleistungsstreckengesetz gemäß Artikel I dieses Entwurfes angepaßt.

Zu Z 5 (§§ 3a und 3b):

Es soll hier die gleiche Möglichkeit, wie sie für das Hochleistungsstreckengesetz gemäß Artikel I Z 8 vorgesehen ist, eingeräumt werden (vgl. diesbezügliche vorige Erläuterungen).

Zu Z 6 (§ 4):

Die Kostentragungsregelung ist der im Hochleistungsstreckengesetz für die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG geltenden Kostentragungsregelung nachgebildet.

Zu Z 7 (§ 4a):

Der Brenner Eisenbahn GmbH sollen dieselben Steuerbefreiungen wie der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zukommen (vgl. diesbezügliche Erläuterungen zu Artikel I Z 10).

Zu Z 8 (§ 5 Abs. 2):

Da der Brenner Eisenbahn GmbH auch Bauaufgaben zufallen, wird der Ausdruck "Planungsaufgaben" durch den auch die Bauaufgaben umfassenden Überbegriff "Aufgaben" ersetzt.

Zu Z 9 (§ 6):

Es wird klargestellt, daß die für die Planung und den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben benötigten Grundflächen im Namen und auf Kosten der Brenner Eisenbahn GmbH zu erwerben sind.

Zu Z 10 (§ 7):

Die Bestimmung über den Abschluß eines Kooperationsvertrages mit den ÖBB wird auf die Bauphase erweitert.

Zu Z 11 (§ 7a):

Im geltenden Gesetz ist, zum Unterschied vom Hochleistungsstreckengesetz, die Vorgangsweise nach Fertigstellung der Strecke oder von Teilen derselben noch nicht geregelt. Es wird festgelegt, daß die Brenner Eisenbahn GmbH die fertiggestellte Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder fertiggestellte Teile derselben für den Bund den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur Erhaltung zu übergeben hat. Im weiteren ist die gleiche Möglichkeit wie im Hochleistungsstreckengesetz vorgesehen, nämlich daß der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr die Möglichkeit erhält, festzulegen, daß diese Hochleistungsstrecken oder Teile derselben einer Gesellschaft zu übergeben sind, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51% vorbehalten sind, wenn dies für das Zustandekommen eines PPP-Finanzierungsmodells geboten ist. Eine solche Festlegung müßte auch in Verordnungsform erfolgen.

(Im übrigen vgl. Erläuterungen zu Artikel I Z 13).

Zu Artikel III

Gemäß § 3 Abs 2 Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz obliegt der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH die Benützungsentgeltfestsetzung und -einhebung für alle Strecken der Österreichischen Bundesbahnen.

Nach den Entwurfsregelungen im Artikel I und II ist vorgesehen, daß von der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH finanzierte, von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG und der Brenner Eisenbahn GmbH errichtete Hochleistungsstrecken nicht in allen Fällen den ÖBB, sondern allenfalls einer anderen Gesellschaft (zum Betrieb und zur Erhaltung) zu übergeben sind. In

dem Zusammenhang soll mit der vorliegenden Bestimmung die Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH berechtigt werden, auch für solche Hochleistungsstrecken - gleich wie für ÖBB-Strecken - das Benützungsentgelt solange festzusetzen und einzuheben, bis sie ihren Finanzierungsverpflichtungen für diese Strecken nachgekommen ist, es sei denn, in einem Vertrag nach § 3 Z 4 SCHIG wird anderes bestimmt.

Text gegenüberstellung

ARTIKEL I

<u>geltender Text</u>	<u>Entwurf</u>
<p>§ 1. (1) Die Bundesregierung kann durch Verordnung bestehende oder geplante Eisenbahnen (Strecken oder Streckenteile einschließlich der notwendigen Eisenbahnanlagen) zu Hochleistungsstrecken erklären. Voraussetzung hierfür ist, daß diesen eine besondere Bedeutung für einen leistungsfähigen Verkehr mit internationalen Verbindungen oder für den Nahverkehr zukommt und daß zur Optimierung der Verkehrsbedienung umfangreiche Baumaßnahmen geboten sind.</p>	<p>§ 1. (1) Die Bundesregierung kann durch Verordnung bestehende oder geplante Eisenbahnen (Strecken oder Streckenteile einschließlich der notwendigen Eisenbahnanlagen) zu Hochleistungsstrecken erklären. Voraussetzung hierfür ist, daß diesen eine besondere Bedeutung für einen leistungsfähigen Verkehr mit internationalen Verbindungen oder für den Nahverkehr zukommt.</p>
<p>§ 3. (1) Insoweit Hochleistungsstrecken nicht durch Ausbaumaßnahmen - wie etwa Herstellung entsprechender Bahnkörper, Fahrleitungen, Sicherungsanlagen und sonstiger für den Bau und den Betrieb auf Hochleistungsstrecken notwendiger Eisenbahnanlagen - auf bestehenden Eisenbahnen eingerichtet werden können, hat der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nach den Erfordernissen einer leistungsfähigen und wirtschaftlichen Eisenbahn sowie unter Bedachtnahme auf das Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder Bürgerbeteiligung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sowie die sonstigen öffentlichen Interessen und die Ergebnisse der Anhörung (§ 4) den Trassenverlauf durch Verordnung zu bestimmen. Eine solche Verordnung darf nur erlassen werden, wenn nach dem Stand der Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten die Bestimmung des Trassenverlaufes in absehbarer Zeit zu erwarten und zu befürchten ist, daß durch bauliche Veränderungen in diesem Gelände der geplante Bau der Hochleistungsstrecken erheblich erschwert oder we-</p>	<p>§ 3. (1) Insoweit Hochleistungsstrecken nicht durch Ausbaumaßnahmen - wie etwa Herstellung entsprechender Bahnkörper, Fahrleitungen, Sicherungsanlagen und sonstiger für den Bau von und den Betrieb auf Hochleistungsstrecken notwendiger Eisenbahnanlagen - auf bestehenden Eisenbahnen eingerichtet werden können, hat der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr nach den Erfordernissen einer leistungsfähigen und wirtschaftlichen Eisenbahn sowie unter Bedachtnahme auf das Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder Bürgerbeteiligung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sowie die sonstigen öffentlichen Interessen und die Ergebnisse der Anhörung (§ 4) den Trassenverlauf durch Verordnung (Trassenverordnung) zu bestimmen. Als Ausbaumaßnahmen sind dabei auch Trassenänderungen geringen Umfangs zu verstehen, wenn die Mitte des äußersten Gleises der geänderten Trasse von der Mitte des äußersten Gleises der bestehenden Trasse nicht mehr als 100 m entfernt ist.</p>

sentlich verteuft wird. Als Ausbau-
maßnahmen sind dabei auch Trassen-
änderungen geringeren Umfanges zu
verstehen, wenn die Mitte des äußer-
sten Gleises der geänderten Trasse von
der Mitte des äußersten Gleises der be-
stehenden Trasse nicht mehr als 100 m
entfernt ist.

(2) In einer Verordnung nach Abs. 1 ist der Verlauf der Trasse insoweit zu bestimmen, als hiefür ein Geländestreifen festzulegen und in Planunterlagen darzustellen ist. Die Breite dieses Geländestreifens ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen festzulegen und darf insgesamt 150 m für den Bahnkörper und zusätzlich insgesamt weitere 150 m für Bahnhofsanlagen und sonstige für den Bau von und den Betrieb auf der Hochleistungsstrecke unbedingt erforderliche Eisenbahnanlagen nicht überschreiten; letztere zusätzliche Breite ist jeweils auf eine Länge von höchstens 1500 m zu beschränken.

(2) In einer Verordnung nach Abs. 1 ist der Verlauf der Trasse insoweit zu bestimmen, als hiefür ein Geländestreifen festzulegen und in Planunterlagen darzustellen ist. Die Breite dieses Geländestreifens ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen festzulegen und darf das Ausmaß nicht überschreiten, welches für die Eisenbahnanlagen, Nebenanlagen und Begleitmaßnahmen, die für den Bau von und den Betrieb auf einer Hochleistungsstrecke erforderlich sind, notwendig ist, wobei für den Bahnkörper die Breite des Geländestreifens 150 m nicht überschreiten darf.

§ 4. (3) Es sind auch die Gemeinden, deren örtlicher Wirkungsbereich vom geplanten Trassenverlauf berührt wird, zu hören. Zum Zweck der Anhörung sind den Gemeinden die Planunterlagen über den Trassenverlauf, soweit er den örtlichen Wirkungsbereich der jeweiligen Gemeinde berührt, zu übermitteln.

§ 4. (3) Es sind auch die Gemeinden, deren örtlicher Wirkungsbereich vom geplanten Trassenverlauf berührt wird, zu hören. Die Ausübung dieses Anhörungsrechtes durch die Gemeinde ist eine Aufgabe des eigenen Wirkungsbereiches. Zum Zweck der Anhörung sind den Gemeinden die Planunterlagen über den Trassenverlauf, soweit er den örtlichen Wirkungsbereich der jeweiligen Gemeinde berührt, zu übermitteln.

§ 5. (1) Nach Bestimmung des Trassenverlaufes (§ 3) dürfen auf den von der künftigen Hochleistungsstrecken-Trasse betroffenen Grundstücksteilen (Hochleistungsstrecken-Baugebiet) Neu-, Zu- und Umbauten nicht vorgenommen werden; ein Entschädigungsanspruch kann hieraus nicht abgeleitet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn sie den geplanten Trassenverlauf

§ 5. (1) Nach Bestimmung des Trassenverlaufes (§ 3) dürfen auf den von der künftigen Hochleistungsstreckentrasse betroffenen Grundstücksteilen (Hochleistungsstrecken-Baugebiet) Neu-, Zu- und Umbauten nicht vorgenommen werden, keine Anlagen sonst errichtet oder geändert werden und keine Bergbaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien eingerich-

nicht erheblich erschweren oder wesentlich verteuern oder zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Personen notwendig sind. Ausnahmen hat die Behörde nach Anhörung des Eisenbahnunternehmens zuzulassen; die Zulassung von Ausnahmen durch die Behörde ist jedoch nicht erforderlich, wenn es über die Vornahme dieser Neu-, Zu- und Umbauten auf den von der künftigen Hochleistungsstrecken-Trasse betroffenen Grundstücksteilen zwischen dem Eisenbahnunternehmen und dem jeweiligen Eigentümer dieser Grundstücksteile zu einer zivilrechtlichen Einigung, die schriftlich festzuhalten ist, gekommen ist. Bauführungen, die in rechtlich zulässiger Weise vor Wirksamwerden der Verordnung zur Bestimmung des Trassenverlaufes begonnen wurden, werden hievon nicht berührt.

tet oder erweitert werden; ein Entschädigungsanspruch kann hieraus nicht abgeleitet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn sie den geplanten Trassenverlauf nicht erheblich erschweren oder wesentlich verteuern oder zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Personen notwendig sind. Ausnahmen hat die Behörde nach Anhörung des Eisenbahnunternehmens zuzulassen; die Zulassung von Ausnahmen durch die Behörde ist jedoch nicht erforderlich, wenn es über die Vornahme dieser Neu-, Zu- und Umbauten, über die Errichtung oder Änderung dieser Anlagen oder über die Einrichtung oder Erweiterung dieser Bergaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien auf den von der künftigen Hochleistungsstrecken-Trasse betroffenen Grundstücksteilen zwischen dem Eisenbahnunternehmen und dem jeweiligen Eigentümer dieser Grundstücksteile oder mit denjenigen, die zur Errichtung oder Änderung von Anlagen oder zur Einrichtung oder Erweiterung von Bergaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien berechtigt sind, zu einer zivilrechtlichen Einigung, die schriftlich festzuhalten ist, gekommen ist. Bauführungen, Anlagenerrichtungen oder -erweiterungen sowie die Einrichtung oder Erweiterung von Bergaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien, die in rechtlich zulässiger Weise vor Wirksamwerden der Verordnung zur Bestimmung des Trassenverlaufes begonnen wurden, werden hievon nicht berührt.

§ 5a. (1) Ist bei Einleitung des Trassenverordnungsverfahrens zu befürchten, daß durch Veränderung in dem vorgesehnen Gelände der geplante Bau einer Hochleistungsstrecke erheblich erschwert oder wesentlich verteuert wird, und ist nach dem Stand der Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten die Bestimmung des Trassenverlaufes in einer Trassenverordnung in absehbarer Zeit zu erwarten, kann der Bundesminister

für Wissenschaft und Verkehr einen Geländestreifen im Sinne des § 3 Abs. 2 für den geplanten Trassenverlauf vorläufig mit Verordnung bestimmen. Es gilt § 3 Abs. 3.

(2) Nach Erlassung einer Verordnung nach Abs. 1 dürfen auf den im Geländestreifen (Abs. 1) liegenden Grundstücksteilen Neu-, Zu- und Umbauten nicht vorgenommen werden, keine Anlagen sonst errichtet oder geändert werden und keine Bergaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien eingerichtet oder erweitert werden; ein Entschädigungsanspruch kann hieraus nicht abgeleitet werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn sie den geplanten Trassenverlauf nicht erheblich erschwerden oder wesentlich verteuern oder zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Personen notwendig sind. Ausnahmen hat die Behörde nach Anhörung des Eisenbahnunternehmens zuzulassen; die Zulassung von Ausnahmen durch die Behörde ist jedoch nicht erforderlich, wenn es über die Vornahme dieser Neu-, Zu- und Umbauten, über die Errichtung oder Änderung dieser Anlagen oder über die Einrichtung oder Erweiterung dieser Bergaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Deponien auf den vom Geländestreifen betroffenen Grundstücksteilen zwischen dem Eisenbahnunternehmen und dem jeweiligen Eigentümer dieser Grundstücksteile oder mit denjenigen, die zur Errichtung oder Änderung von Anlagen oder zur Einrichtung oder Erweiterung von Bergaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien berechtigt sind, zu einer ~~zivilrechtlichen~~ Einigung, die schriftlich festzuhalten ist, gekommen ist. Bauführungen, Anlagenerrichtungen oder -erweiterungen sowie die Einrichtung oder Erweiterung von Bergaugebieten, Materialgewinnungsstätten oder Deponien, die in rechtlich zulässiger Weise vor Wirksamwerden der Verordnung nach Abs. 1 begonnen wurden, werden hiervon nicht berührt.

(3) Die Behörde hat auf Antrag des

Eisenbahnunternehmens die Beseitigung eines dem Abs. 2 widersprechenden Zustandes auf Kosten des Betroffenen anzuordnen.

(4) Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr hat eine Verordnung nach Abs. 1 überhaupt oder insoweit aufzuheben, als

1. der in einer solchen Verordnung vorläufig bestimmte Trassenverlauf durch eine Verordnung nach § 3 Abs. 1 bestimmt wird, oder
2. die Verordnung nach Abs. 1 zur Sicherstellung des geplanten Trassenverlaufes nicht mehr notwendig ist.

(5) Insoweit nicht Abs. 4 anzuwenden ist, tritt eine Verordnung nach Abs. 1 fünf Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft. Dieses Außerkrafttreten hat der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr im Bundesgesetzblatt kundzumachen.

§ 7. Für die Planung und den Bau von Hochleistungsstrecken, deren Errichtung nicht von den Österreichischen Bundesbahnen oder Dritten vorgenommen wird, ist eine Kapitalgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft (Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG) zu errichten, deren Anteile bei einem Grundkapital von 6 000 000 Schilling dem Bund zu 100 % vorbehalten sind. Die Verwaltung der Anteilsrechte namens des Bundes obliegt dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Dieser ist berechtigt, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG allgemeine Anweisungen über die Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Bundesgesetzes zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Die Satzung hat die Organe zur Durchführung solcher Anweisungen und zur Auskunftserteilung zu verpflichten.

§ 7. (1) Für die Planung und den Bau von Hochleistungsstrecken, deren Errichtung nicht von den Österreichischen Bundesbahnen, der Brenner Eisenbahn GmbH oder Dritten vorgenommen wird, ist eine Kapitalgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft (Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG) zu errichten, deren Anteile bei einem Grundkapital von sechs Millionen Schilling dem Bund zu 100 % vorbehalten sind. Die Verwaltung der Anteilsrechte namens des Bundes obliegt dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr. Dieser ist berechtigt, der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG allgemeine Anweisungen über die Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Bundesgesetzes zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Die Satzung hat die Organe zur Durchführung solcher Anweisungen und zur Auskunftserteilung zu verpflichten.

§ 8. (1) Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr kann unter Be- dachtnahme auf die bei den Österreichischen Bundesbahnen verfügbaren Kapazitäten nach Herstellung des Ein- vernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen der Eisenbahn- Hochleistungsstrecken-AG die Planung und den Bau von Hochleistungsstrek- ken oder von Teilen derselben über- tragen, wenn dies im Interesse insbe- sondere einer wirtschaftlichen und zü- gigen Durchführung liegt.

(2) Die Eisenbahn-Hochleistungs- strecken-AG kann sich als Mitglied an einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung oder an sonstigen Gesellschaften als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen, wenn dies für die Planung oder den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen dersel- ben zweckmäßig ist.

(3) Die Eisenbahn-Hochleistungs- strecken-AG ist überdies berechtigt, im Zusammenhang mit durch Verord- nung übertragenen Aufgaben ergänzen- de Projekte und Projektsteile zu planen und zu bauen, sofern hiefür die Ko- stentragung sichergestellt ist.

§ 8. (1) Der Bundesminister für Wissen- schaft und Verkehr kann unter Be- dachtnahme auf die bei den Österreichischen Bundesbahnen verfügbaren Kapazitäten nach Herstellung des Ein- vernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen der Eisenbahn- Hochleistungsstrecken-AG die Planung und den Bau von Hochleistungsstrek- ken oder von Teilen derselben durch Verordnung übertragen, wenn

1. deren Durchführung nach den vor- gegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen geboten ist, und
2. die Durchführung durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG im Interesse insbesondere ei- ner wirtschaftlichen und zügigen Durchführung liegt.

§ 8a. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesmini- ster für Finanzen die Eisenbahn- Hochleistungsstrecken-AG zur Planung und zum Bau von Hochleistungsstrek- ken oder von Teilen derselben für Dritte mit Verordnung ermächtigen, wenn

1. deren Durchführung nach den vor- gegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen zweckmäßig ist, und
2. die Durchführung für Dritte im

Zusammenhang mit den nach § 8 Abs. 1 übertragenen Aufgaben der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zweckmäßig ist, und im Falle der Ermächtigung zum Bau überdies

3. glaubhaft gemacht wird, daß für den Bau die Kostentragung auf rechtsgeschäftlicher Basis mit Dritten sichergestellt ist.

§ 8b. Vor Erlassung von Verordnungen nach § 8 oder § 8a hat die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Art, den Umfang sowie die Kosten- und Zeitpläne der Vorhaben glaubhaft zu machen.

§ 11. Der Bund hat der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Kosten der Planung und des Baues für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand einschließlich Kosten für die Nutzung und den Erwerb von Grundflächen nach § 13, soweit all diese Kosten nicht von der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft gemäß BGBl.Nr. 136/1989 zur Finanzierung für den Bund zu übernehmen sind, zu ersetzen. Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG hat hiezu im Einvernehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und dem Bundesminister für Finanzen einen jährlichen Finanzplan zu erstellen. Auf die Kosten sind der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die notwendigen Vorschüsse zu leisten.

§ 11. Der Bund hat der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Kosten der Planung und des Baues für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand einschließlich Kosten für die Nutzung und den Erwerb von Grundflächen nach § 13 zu ersetzen, soweit diese Kosten nicht von Dritten getragen werden. Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG hat hierzu im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr und dem Bundesminister für Finanzen einen jährlichen Finanzplan zu erstellen. Auf die Kosten sind der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die notwendigen Vorschüsse zu leisten.

§ 12. Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist so weit von der Körperschaftssteuer, der Gewerbesteuer nach dem Ertrag, von der Vermögensteuer und von dem Erbschaftssteueräquivalent befreit, als sich ihre Tätigkeit auf die Durchführung der ihr gesetzlich zuge-

§ 12. Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist, soweit sich ihre Tätigkeit auf die Durchführung der ihr gesetzlich zugewiesenen bzw. nach § 8 übertragenen Aufgaben beschränkt, von der Körperschaftssteuer, von der Eintragsgebühr nach dem Gerichtsgebüh-

wiesen bzw. nach § 8 übertragenen Aufgaben beschränkt.

rengesetz und von der Grunderwerbssteuer befreit.

§ 13. (2) Soweit die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) über die in Abs. 1 genannten hinaus weitere Grundflächen benötigt, hat sie diese auf ihre Kosten im Namen der Österreichischen Bundesbahnen zu erwerben.

§ 13. (2) Soweit die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für die ihr nach § 8 übertragenen Strecken(teile) über die in Abs. 1 genannten hinaus weitere Grundflächen benötigt, hat sie diese auf ihre Kosten im Namen der Österreichischen Bundesbahnen zu erwerben. In einer Verordnung nach § 8 kann der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr jedoch festlegen, daß diese Grundflächen auf Kosten der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG im Namen einer anderen Gesellschaft, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51 % vorbehalten sind, zu erwerben sind, wenn dies zur Vorbereitung und zum Abschluß von Verträgen über die Beteiligung Dritter an der Finanzierung (Public-Private-Partnership-Modell) von Hochleistungsstrecken geboten erscheint. Ist ein Erwerb dieser Grundflächen nur im Wege der Enteignung möglich, hat dieser im Namen und auf Kosten der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zu erfolgen; diese Grundflächen sind der Gesellschaft nach Verwirklichung des Enteignungszweckes von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG unentgeltlich ins Eigentum zu übertragen.

§ 13. (3) Werden durch den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben, die von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG errichtet wurden, Grundflächen der Eisenbahninfrastruktur gemäß § 2 Bundesbahngesetz 1992 für den Eisenbahnbetrieb entbehrlich, ist die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG zu deren Veräußerung im Namen der Österreichischen Bundesbahnen berechtigt, sofern nicht der frühere Eigentümer einen Rechtsanspruch auf Rückübertragung hat. Die Berechtigung zur Veräußerung durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist mittels

§ 13. (3) Die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist - soferne der frühere Eigentümer nicht einen Rechtsanspruch auf Rückübereignung hat - zur Veräußerung folgender Grundflächen berechtigt:

1. im Namen der Österreichischen Bundesbahnen für Grundflächen der Eisenbahninfrastruktur gemäß § 2 Bundesbahngesetz 1992, die durch den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für den Eisenbahnbetrieb entbehrlich geworden sind;

Bestätigung durch den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nach Anhörung der Österreichischen Bundesbahnen jeweils nachzuweisen; diese Bestätigungen gelten als öffentliche Urkunden. Der Verkaufserlös aus einer derartigen Veräußerung ist mit den Kosten nach § 11 zu verrechnen.

2. im Namen des Eigentümers (Abs. 2) für Grundflächen, die gemäß Abs. 2 erworben wurden, jedoch für die Planung und den Bau von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben nicht oder nicht mehr benötigt werden.

Der Verkaufserlös aus Veräußerungen ist mit den Kosten nach § 11 zu verrechnen. Die Berechtigung zur Veräußerung durch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG ist mittels Bestätigung durch den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr jeweils nachzuweisen; diese Bestätigungen gelten als öffentliche Urkunden. Vor Ausstellung der Bestätigung zur Berechtigung der Veräußerung von Grundflächen gemäß Z 1 sind die Österreichischen Bundesbahnen anzuhören.

§ 14. Nach Abschluß des Baues von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben hat die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für den Bund diese Strecken(teile) den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur Erhaltung zu übergeben.

§ 14. (1) Nach Abschluß des Baues von Hochleistungsstrecken oder von Teilen derselben hat die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG für den Bund diese Strecken(teile) den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur Erhaltung zu übergeben. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann in der Verordnung nach § 8 festlegen, daß diese Strecken(teile) von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG einer Gesellschaft nach § 13 Abs. 2 zu übergeben sind, wenn dies für den Abschluß eines Vertrages über die Beteiligung Dritter an der Finanzierung (Public-Private-Partnership-Modell) dieser Strecken(teile) geboten ist.

(2) Ist einem Dritten die Konzession nach dem Eisenbahngesetz 1957 zum Bau und zum Betrieb einer solchen Strecke (Streckenteiles) verliehen worden, ist diese Strecke (dieser Streckenteil) oder die bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Planungsleistungen sowie erworbene Rechte und Pflichten dem Dritten nach Aufhebung der Verordnung nach § 8 zu übergeben, wenn der

Dritte in die erworbenen Rechte und Pflichten eintritt, soweit sie rechtlich überbindbar sind, und wenn der Dritte die bisherigen Kosten ersetzt bzw. diesbezüglich in einem Vertrag über die Beteiligung des Dritten an der Kostentragung (Public-Private-Partnership-Modell) anderes bestimmt ist. § 13 Abs. 1 ist zugunsten des Dritten sinngemäß anzuwenden.”

§ 15. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich § 1 die Bundesregierung, hinsichtlich § 12 der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich § 8 und § 11 der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betraut.

§ 15. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich § 1 die Bundesregierung, hinsichtlich § 12 der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich § 8, § 8a und § 11 der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr betraut.

Übergangsbestimmung

§ 16. § 5 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr./19.. ist auf die Errichtung oder Änderung solcher Anlagen und auf die Einrichtung oder Erweiterung solcher Bergbaugebiete, Materialgewinnungsstätten oder Depo-nien, die vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. /19..., jedoch nach Wirksamkeit einer Verordnung nach § 3 Abs. 1 in rechtlich zulässiger Weise begonnen wurden, nicht anzuwenden.

Inkrafttreten

§ 17. § 1 Abs. 1, § 3 Abs. 1 und 2 § 4 Abs. 3, § 5 Abs. 1, § 5a, § 7, § 8 Abs. 1, § 8a, § 8b, § 11, § 12, § 13 Abs. 2 und 3, § 14, § 16 samt Überschrift und § 17 samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I. Nr./19... treten mit dem der Kundmachung des Bundesgesetzes BGBl. I. Nr. /19... folgenden Monatsersten in Kraft.

ARTIKEL II

<u>geltender Text</u>	<u>Entwurf</u>
Bundesgesetz zur Errichtung einer “Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft”	Bundesgesetz zur Errichtung einer “Brenner Eisenbahn GmbH”
<p>§ 1. Für die umfassende Planung des Baues und die Planung der Erhaltung der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner ist eine Kapitalgesellschaft in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 5 Millionen Schilling, dem Firmenwortlaut “Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft mit beschränkter Haftung” - im folgenden als Gesellschaft bezeichnet - und dem Sitz in Innsbruck zu errichten, deren Anteile dem Bund zu mindestens 51 % vorbehalten sind.</p>	<p>§ 1. (1) Für die Planung und den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner ist eine Kapitalgesellschaft in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von fünf Millionen Schilling, dem Firmenwortlaut “Brenner Eisenbahn GmbH” - im folgenden als Gesellschaft bezeichnet - und dem Sitz in Innsbruck zu errichten, deren Anteile dem Bund zu mindestens 51 % vorbehalten sind.</p> <p>(2) Die Gesellschaft kann sich als Mitglied an einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung oder an sonstigen Gesellschaften als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen, wenn dies für die Planung oder den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner der von Teilen derselben zweckmäßig ist.</p> <p>(3) Die Gesellschaft ist überdies berechtigt, im Zusammenhang mit durch Verordnung übertragenen Aufgaben ergänzende Projekte und Projektsteile zu planen und zu bauen, sofern hiefür die Kostentragung sichergestellt ist.</p>
<p>§ 2. Die Verwaltung der Anteilsrechte namens des Bundes obliegt dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Dieser ist berechtigt, der Gesellschaft allgemeine Anweisungen</p>	<p>§ 2. Die Verwaltung der Anteilsrechte namens des Bundes obliegt dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr. Dieser ist berechtigt, der Gesellschaft allgemeine Anweisungen über</p>

über die Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Bundesgesetzes zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Der Gesellschaftsvertrag hat die Organe zur Durchführung solcher Anweisungen und zur Auskunftserteilung zu verpflichten.

die Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Bundesgesetzes zu erteilen und Auskünfte über ihre Tätigkeit zu verlangen. Der Gesellschaftsvertrag hat die Organe zur Durchführung solcher Anweisungen und zur Auskunftserteilung zu verpflichten.

§ 3. (1) Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr hat der Gesellschaft die umfassende Planung im Zusammenhang mit dem Bau und die Planung der Erhaltung der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben durch Verordnung zu übertragen, wenn dies im Interesse insbesondere einer wirtschaftlichen und zügigen Abwicklung liegt. Mit dieser Übertragung ist jedenfalls der Umfang der Planungsmaßnahmen bis zur Baureife sowie ein Planungszeit- und -kostenrahmen festzulegen.

(2) Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen der Gesellschaft weiterführende Tätigkeiten durch Verordnung übertragen, wobei vor Erlassung einer Verordnung zum Bau der in § 1 bezeichneten Hochleistungsstrecke oder von Teilen derselben ein Beschuß der Bundesregierung über das gemeinwirtschaftliche Interesse an der vorgesehnen Übertragung zum Bau einzuholen ist.

§ 3. (1) Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr hat nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen der Gesellschaft die Planung und den Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben durch Verordnung zu übertragen, wenn

1. deren Durchführung nach den vorgegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen geboten ist, und
2. dies im Interesse insbesondere einer wirtschaftlichen und zügigen Durchführung liegt.

(2) Vor Erlassung einer Verordnung zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben ist ein Beschuß der Bundesregierung über das gemeinwirtschaftliche Interesse an der vorgesehnen Übertragung zum Bau einzuholen.

(3) Eine Verordnung nach Abs. 1 bzw. Abs. 2 hat jedenfalls den Umfang der Planungs- bzw. Baumaßnahmen, die der Gesellschaft übertragen werden, festzulegen. Eine Verordnung nach Abs. 2 hat überdies einen Bauzeit- und Kostenrahmen zu enthalten.

(4) Liegen vor Erlassung einer Verordnung zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben die zum Bau

erforderlichen behördlichen Genehmigungen noch nicht vor, so kann der Bauzeit- und Kostenrahmen nach Vorliegen dieser Genehmigungen in einer gesonderten Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Verkehr nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen festgesetzt werden. Von der Gesellschaft ist ein Bauzeit- und Kostenplan einzuholen.

§ 3a. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesminister für Finanzen die Gesellschaft zur Planung und zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben für Dritte mit Verordnung ermächtigen, wenn

1. deren Durchführung nach den vorgegebenen verkehrspolitischen Grundsätzen zweckmäßig ist, und
2. die Durchführung für Dritte im Zusammenhang mit den nach § 3 Abs. 1 übertragenen Aufgaben der Gesellschaft zweckmäßig ist, und im Falle der Ermächtigung zum Bau überdies
3. glaubhaft gemacht wird, daß für den Bau die Kostentragung auf rechtsgeschäftlicher Basis mit Dritten sichergetellt ist.

§ 3b. Vor Erlassung von Verordnungen nach § 3 oder § 3a hat die Gesellschaft die Art, den Umfang sowie die Kosten- und Zeitpläne der Vorhaben glaubhaft zu machen.

§ 4. Der Bund hat der Gesellschaft die Kosten der Planung sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand einschließlich Kosten für die Nutzung und den allenfalls notwendigen Erwerb von Grundflächen nach einem von der Gesellschaft im Einver-

stehen der Gesellschaft die Kosten der Planung und des Baues für die ihr nach § 3 übertragene Strecke bzw. übertragenen Streckenteile sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand einschließlich Kosten für die Nutzung und den Erwerb von Grundflächen nach § 6 zu ersetzen,

nehmen mit dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sowie dem Bundesminister für Finanzen zu erstellenden jährlichen Finanzplan zu ersetzen. Auf die Kosten sind der Gesellschaft die notwendigen Vorschüsse zu leisten. Die Verwendung des Geldes ist gegenüber dem Bund nachzuweisen und periodisch abzurechnen.

soweit diese Kosten nicht von Dritten getragen werden. Die Gesellschaft hat hierzu im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr und dem Bundesminister für Finanzen einen jährlichen Finanzplan zu erstellen. Auf die Kosten sind der Gesellschaft die notwendigen Vorschüsse zu leisten.

§ 5. (2) Die Gesellschaft hat bei der Erfüllung ihrer Planungsaufgaben, unbeschadet der allgemeinen Anweisungen nach § 2, auch die Erfordernisse einer wirtschaftlichen und zügigen Baudurchführung sowie eines leistungsfähigen und wirtschaftlichen Eisenbahnbetriebes zu beachten.

§ 6. Die Gesellschaft ist berechtigt, die zur Planung der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben benötigten Grundstücke der Eisenbahninfrastruktur gemäß § 2 Bundesbahngesetz 1992 ohne Errichtung eines Entgeltes zu benutzen. Sonstige zur Planung benötigte Grundflächen, die sich im Eigentum der Österreichischen Bundesbahnen oder des Bundes befinden, sind der Gesellschaft gegen Entgelt, das mittels Schätzung nach den Grundsätzen der §§ 4 und 8 des Eisenbahnenteignungsgesetzes 1954 zu bemessen ist, zur Benützung zu überlassen, es sei denn, dem stehen andere vorrangige Zwecke der betroffenen Bundesstelle entgegen.

§ 4a. Die Gesellschaft ist, soweit sich ihre Tätigkeit auf die Durchführung der ihr gesetzlich zugewiesenen bzw. nach § 3 übertragenen Aufgaben beschränkt, von der Körperschaftssteuer, von der Eintragungsgebühr nach dem Gerichtsgebührengesetz und von der Grundwerbsteuer befreit.

§ 5. (2) Die Gesellschaft hat bei Erfüllung ihrer Aufgaben, unbeschadet der allgemeinen Anweisungen nach § 2, auch die Erfordernisse einer wirtschaftlichen und zügigen Baudurchführung sowie eines leistungsfähigen und wirtschaftlichen Eisenbahnbetriebes zu beachten.

§ 6. (1) Die Gesellschaft ist berechtigt, die zur Planung oder zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben benötigte Grundstücke der Eisenbahninfrastruktur gemäß § 2 Bundesbahngesetz 1992 ohne Errichtung eines Entgeltes zu benutzen. Sonstige zur Planung oder zum Bau der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben benötigte Grundflächen, die sich im Eigentum der Österreichischen Bundesbahnen oder des Bundes befinden, sind der Gesellschaft gegen Entgelt, das mittels Schätzung nach den Grundsätzen der §§ 4 und 8 des Eisenbahnenteignungsgesetzes 1954 zu bemessen ist, zur Nutzung zu überlassen, es sei denn, sie

werden für andere vorrangige Zwecke der abgebenden Bundesstelle benötigt.

(2) Soweit die Gesellschaft für die ihr nach § 3 übertragene Strecke bzw. übertragenen Streckenteile über die in Abs. 1 genannten hinaus weitere Grundflächen benötigt, hat sie diese in ihrem Namen und auf ihre Kosten zu erwerben.

§ 7. Insoweit eine Mitwirkung der Österreichischen Bundesbahnen an der der Gesellschaft übertragenen Planung erforderlich ist, ist diese Mitwirkung in einem Kooperationsvertrag zwischen der Gesellschaft und den Österreichischen Bundesbahnen zu regeln.

§ 7. Insoweit eine Mitwirkung der Österreichischen Bundesbahnen an der der Gesellschaft übertragenen Planung und an dem der Gesellschaft übertragenen Bau erforderlich ist, ist diese Mitwirkung in einem Kooperationsvertrag zwischen der Gesellschaft und den Österreichischen Bundesbahnen zu regeln.

§ 7a. (1) Nach Abschluß des Baues der Hochleistungsstrecke Staatsgrenze bei Kufstein-Innsbruck-Staatsgrenze am Brenner oder von Teilen derselben hat die Brenner Eisenbahn GmbH für den Bund diese Strecken(teile) den Österreichischen Bundesbahnen zum Betrieb und zur Erhaltung zu übergeben. Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr kann in der Verordnung nach § 3 festlegen, daß diese Strecke oder Teile derselben von der Brenner Eisenbahn GmbH einer Gesellschaft, deren Gesellschaftsanteile dem Bund zumindestens zu 51 % vorbehalten sind, zu übergeben sind, wenn dies für den Abschluß eines Vertrages über die Beteiligung Dritter an der Finanzierung (Public-Private-Partnership-Modell) dieser Strecke (Streckenteile) geboten ist.

(2) Ist einem Dritten die Konzession nach dem Eisenbahngesetz 1957 zum Bau und zum Betrieb einer solchen Strecke (Streckenteiles) verliehen worden, ist diese Strecke (dieser Streckenteil) oder die bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Planungsleistungen sowie erworbene Rechte und Pflichten dem

Dritten nach Aufhebung der Verordnung nach § 3 zu übergeben, wenn der Dritte in die erworbenen Rechte und Pflichten eintritt, soweit sie rechtlich überbindbar sind, und wenn der Dritte die bisherigen Kosten ersetzt bzw. diesbezüglich in einem Vertrag über die Beteiligung des Dritten an der Ko- stentragung (Public-Private- Partnership-Modell) anderes bestimmt ist. § 6 Abs. 1 ist zugunsten des Dritten sinngemäß anzuwenden.“

§ 8. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich des § 4 der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr be- traut.

§ 8. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich § 4a der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich § 3, § 3a und § 4 der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr im Ein- vernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, im übrigen der Bundesmini- ster für Wissenschaft und Verkehr be- traut.

§ 9. § 1, § 2, § 3, § 3a, § 3b, § 4a, § 5 Abs. 2, § 6, § 7, § 7a, § 8 und § 9 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBI. I Nr./19... treten mit dem der Kundmachung des Bundesgesetzes BGBI. I Nr./19.. folgenden Mo- natsersten in Kraft.